

Geschichte im Raum.

Personenbezogene Verkehrsflächenbenennungen und politische Handlungsoptionen

Den Zusammenhang von Herrschaft und Historischem Bewusstsein beschreibt schon Machiavelli, als er seinem Principe rät, eroberte Gemeinwesen, zumal Republiken, sicherheitshalber zu zerstören und die Einwohner zu zerstreuen, andernfalls „[...]bleibt der alte Name und die alte Verfassung unvergessen und taucht bei jeder Gelegenheit wieder auf [...] man gibt die Erinnerung an die alte Freiheit nicht auf.“¹

Selten kommt Geschichte eine derart hohe distinktive Bedeutung zu wie im Zusammenhang mit der Bezeichnung öffentlicher Räume. Interessanterweise korreliert diese identitäre Bedeutung aber offenbar nicht mit historischem Wissen, ihre ganze Wirkmächtigkeit entfaltet sie im Moment ihrer Infragestellung. Mit anderen Worten: Kaum jemand weiß um die Verdienste des Namenspatrons² der eigenen Straße. Aber unabhängig davon, ob dieselbe in Südafrika, Österreich oder Chicago liegt, zeigt die Erfahrung deutlich, dass eine Umbenennung stets auf den Widerstand von Anrainerinnen und Anrainern stößt.

Im Alltag interessiert sich kaum jemand für den Namensgeber der eigenen Adresse. Aber sobald eine Umbenennung im Raum steht, wird das von vielen Menschen offenkundig als Infragestellung nicht nur der eigenen, vertrauten und akzeptierten Ordnung der Dinge, sondern darüber hinaus der eigenen Identität erlebt als solche durchaus emotional zurück gewiesen.

Eine Diskussion um die Umwidmung einer öffentlichen Fläche ist daher kommunalpolitisch in jedem Fall ein heißes Eisen. Der vorgeschlagene Beitrag stützt sich auf internationale

¹ Macchiavelli, Niccolò 1990: Der Fürst (mit einem Nachwort von Horst Günther), Frankfurt/Main, 35. Der Hinweis auf Macchiavelli verdankt sich in diesem Kontext Aleida Assmann, vgl. Dies. 1999, 69, FN 18.

² Es wird absichtlich nur die männliche Form gebraucht, nicht nur in Österreich spielen weibliche NamensgeberInnen faktisch erst in der jüngsten Vergangenheit eine Rolle.

Erfahrungswerte der vergangenen zwanzig Jahre und widmet sich der Frage, welche Handlungsoptionen politischen Akteurinnen und Akteuren offen stehen, sobald die Debatte um einen Namensgeber einmal begonnen hat.